Den neoliberalen Konstitutionalismus beenden – oder wir werden beendet

13. Oktober 2018 & PV Mützer Aktuelles

Zu den vielen ausgezeichneten Reden auf der Kundgebung beim Landesparteitag von Bündnis90/Die Grünen in Konstanz gehörte auch der Beitrag von Eduard Mühlbauer. Besonders bemerkenswert an seinen Ausführungen sind die konkreten Lösungsansätze, die er vorschlägt.

Zum Beginn: Vorsichtsgewebenes

Was während der Kundgebung in Konstanz am 06. Oktober 2018 aus der Situation heraus sprudelnd hinzu kam, war die vorsichtige Anmerkung von Cem Özdemir in der unmittelbaren Nähe des Kundgebungsortes. Özdemir ist ein ausgewiesener Netzwerker in privaten Clubs der sogenannten „Transatlantiker". Leider begab sich Herr Özdemir kurz vor meinem Beitrag zurück in die Mehrzweckhalle und konnte deshalb von mir zu einer von ihm kommenden Wortlüge nicht mehr persönlich angesprochen werden. Mit seinem transatlantischen Hintergrund werden manche seiner Botschaften verständlicher, beispielsweise die Farsie vom „faren Freihandel", von den Medien im vergangenen Jahr ohne jeden kritischen Kommentare kolportiert.

„Faren Freihandel" ist keine Wortschöpfung. Wer Farmess und protektionistischen Freihandel zusammenbringt, gerät unweigerlich in einen unauflösbaren Widerspruch. Mit Freihandel soll einerseits China und Russland mit dieserlei Standards der westlichen Industriewelt an die Wand gedrückt werden. Andererseits richtet sich Freihandel gegen alle Staaten, die sich dem Diktat des Freihandelsdiktators abschließen. Das ist so Europa ein Neuum, dass sich Handelsverträge auch gegen die jeweils eigene Bevölkerung in den einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten richten. Bei der überbordenden Dominanz der Global Player, von Agro- bis Chemieindustrie. Seit der Hundertw Milliarden Unterstützung von spätenneuliberalen Banken und Finanzinstituten durch Subventionen an landwirtschaftliche Großbetriebe oder an die deutsche Automobilindustrie, kann niemand mehr von einer „regulierenden unsichtbaren Hand" oder von einer funktionierenden Marktwirtschaft sprechen, erst recht nicht mehr von einer Sozialen Marktwirtschaft. Freihandel nützt nur den Starken „The winner takes it all".

Liebe Konstanzer und Unterstützer eines gerechten Welthandels,

Bis vor zwei Jahren in Deutschland waren bis zu 500 Organisationen zusammengeschlossen mit dem Ziel einer gerechten und fairen Weltwirtschaftsordnung (Globalisierung), damals noch „gegen" TTIP, TSA und CETA. Von den Argumenten kann nichts falsch gewesen sein, so wie es die Befürworter der EU-Freihandelsagenda immer noch behaupten. Es ist der Bewegung Gerechter Welthandel immerhin gelungen, die neoliberalen und finanzmächtigen Kräfte auszubremsen, auch wenn ihre Agenda bisher noch nicht verhindert werden konnten.

Es heißt: Den Baum erkennst Du an seinen Früchten. Doch wenn wir so lange warten, bis wir die Früchte der EU-Handelspolitik wahrnehmen, ist es zu spät. Von Ludwig Börne, einem Publizisten im 19. Jahrhundert kommt der Gedanke, dass wir im Zeitalter an seiner Aussaat erkennen. Wir kennen die Aussaat unseres Zeitalter spätestens seit es EU-Handelsverträge gibt. Es gibt dabei nicht nur um juristische Klauseln in den Vertragswerken. Das, was wir Lobbyismus nennen, soll als Lenkungs- und Einflussinstrument im parlamentarischen Raum institutionalisiert werden. Auf diese Art und Weise werden ganze Staaten und Parlamente zu bloßen Instrumenten der oligarchisch agierenden Global Player. Es gibt um jeden Vertrag eine Reihe von Gutachtern kontroverlitaristen Wirtschaftsraum eröffnen sollen, mit Vertragswerken, die im Wesentlichen alle das gleiche Ziel verfolgen.

Es geht mit Vollgas in die falsche Richtung: ubiquitäre Deregulierung und Privatisierung! Parlamentarier verkaufen leichtfertig das Primat der Politik.

Es gibt, dieser zerstörerischen, neoliberalen Strömungen in Wirtschaft und Politik, als Wurzel allen Übels, das Handeln zu legen. Es nützt doch nichts, wenn wir immer wieder auch in den Medien verschiedenstes Problemen verschließen, die nichts anderes sind als bloße Symptome eines komplexen Systemversagens, wenn wir Wirtschaftspolitik nicht etwa aus der Perspektive des skupulösen und autistischen Profits, sondern aus der Perspektive unserer existentiellen Lebensgrundlagen und magsamt aus der Perspektive des Gemeinwohls betrachten. Wir sollten an die Wurzeln dieser fundamentalen ungelösten Probleme auf sämtlichen Politikfeldern gehen.

Die EU verhandelt gerade zaniqi dieser sogenannten Freihandelsabkommen. Im Network Gerechter Welthandel wurde die aktuelle juristische Diskussionstand zu CETA geprüft. Weder das Bundesweitschaftsministerium noch die Stuttgarter Ministerien haben juristische Gutachten zu CETA verröffentlicht, die sich mit den wesentlichen Rechtsgutachten von Rechtsprofessoren und NGOs auseinandersetzen. Kritische Studien werden von Bundesregierung und EU-Kommission einfach ignoriert. Sie spielen in Diskurs der politischen Institutionen keine Rolle, selbst wenn sie von Staatsministerin Baden-Württemberg in Auftrag gegeben wurden (Nettesheim-Gutachten). Die CETA-Befürworter setzen dort Politikern und in den Verwaltungen stützen sich auf volkswirtschaftliche und außenhandelspolitische Betrachtungen; sie hatten und haben offenbar kein Interesse an einer unabhängigen juristischen Prüfung.

Was die Bundesregierung gegen die CETA-Risiken vorbringt, sind wohklingende Beschwichtigungen ohne juristische Substanz.

Die CETA-Risiken, deren Grenze mit sogenannten „Ste Linien" verhalten markiert – von Deutschen Städtetag, den Grünen, SPD, vind einer Lippenbekenntnisse geblieben.

Juncker und Merkel ist es „schwierigst" (so Juncker wörtlich), was Bürgerinnen über diese EU-Freihandelsagenda denken. Den Groß-Spitzen ist es anscheinend egal, welche Risiken und Nachteile allein das CETA-Vertragswerk, allein bei einer juristischen Betrachtung mit sich bringt. Um so schlimmer, dass es hierbei um unsere existentiellen Lebensgrundlagen geht, mit globaler Reichweite.

Statt Deregulierung und Privatisierung: Staatliche Regulierung ergibt Sinn

Um das Auseinanderdriften des sozialen Gefüges, der Demokratie, der Rechtssicherheit sowie einen ökologischen Kollaps und die damit verbundenen Einstellschicksale und menschlichen Katastrophen zu verhindern, ist ein Maßstab des Status Quo notwendig:

- Völkerrechtliche Handelsverträge müssen mit der UN-Charta und den UN-Sozialpakten vereinbar sein
- Schutz von Minderheiten und Schutz vor Minderheiten
- Priorität für Umwelt- und Klimaschutz
- Ziele sind per se nichts Schlechtes, sondern als staatliche Steuerungsinstrumente zu betrachten = Schutz innerstaatlicher Arbeiter
- Beachtung der Arbeitnehmerrechte mit internationaler Geltung (ILO) der UN Konventionen und UN-Pakte.
- Verhinderung eines rundum Unterbietungswettbuts – bemerkenswert: Standortwettbewerb der europäischen Staaten untereinander
- das Europäische Vorsorgeprinzip bleibt unangetastet – keine Anerkennung des angeblichen Schadensersatzprinzips
- Steuerflucht und Steuervermeidung konsequent unterbinden
- Gewährleistung der öffentlichen Grundversorgung, der Dienstleistungen u.
- Daseinsvorsorgeleistungen
- Kommunales Beschaffungswesen
- die Kommunale Selbstverwaltungshoheit bleibt unangetastet
- Parlamente dürfen in ihrer Prärogative nicht eingeschränkt werden
- Ein Paralelljustizsystem (Schiedsgerichtsbarkeit) ist unzulässig (so ein Beschluss des EuGH am 6.3.18)
- Beendigung des neoliberalen Konstitutionalismus

Unumstritten ist: Um Frieden zu bewahren, ist ein relatives Gleichgewicht der Kräfte in einer Gesellschaft notwendig. Dieses Gleichgewicht hat der neoliberale Kapitalismus unter dem Motto „Geiz ist geil" – „Freie Fahrt für Konzerne" mit einem ausufernden Lobbyismus in den letzten dreissig Jahren gestört.

Mit der **EU-Freihandelsagenda wird dieses Zerstörungswerk fortgesetzt**, indem die Entscheidet (quantitatives Wirtschaftswachstum in entwickelten Industriestaaten und ihr marktradikales Verständnis von Globalisierung über alles erheben, Demokratie, Rechtssicherheit und Arbeitnehmerinnen gehen verhandelnd und behandelt und ein einflesseter Kapitalismus (Wachstum als einzige (alternativlose) Lösung aller Gerechtigkeitsfragen über die Medien penetrierend dargestellt wird. Das ist nichts anderes als liberaler Populismus.

Denn die zivilisatorischen Errungenschaften und Segnungen des Kapitalismus haben ihren Zenit längst überschritten und kippen gerade in ihr Gegenteil um. Wenn wir diejenigen Kräfte, die uns diese Kontrolle bringen, Geschichte mit dem eingebauten Konkurrenzkampf, die mit inzenierten Kriegen, Verfolgungen und Flucht weit Neue Existenzangst verbreiten, Menschen, Tiere, Umwelt, Natur ausbeuten, im wörtlichen Sinne „auf Teufel komm rauf".

1,5 Milliarden Flüchtlinge

Den führende bundesäusische Klimaforscher Professor Hans-Joachim Schellnhuber rechnet auf dem gegenwärtigen Stand mit einer menschengemachten **Klimaerwärmung von 3-4 Grad**, wobei die in Paris anvisierten 2 Grad einen immensen Schaden der bereits eingetretenen und noch kommenden Klimakatastrophen nur noch begrenzen können. Schellnhuber prognostiziert, dass große Teile der Erde unbewohnbar werden und ein Ausweichorte Zerst ist mit 1,5 Milliarden Flüchtlingen zu rechnen haben. Schellnhuber vergleicht dieses Situation mit einem Ausbrennen Suizidversuch. Einen vorherseharbaren Ökozid einfach zu ignorieren, ist aus völker- und strafrechtlicher Sicht „Gewaltanwendung durch Unterlassen", namentlich ein Verbrechen an der Menschheit.

Wollen wir als Bürgerinnen und Bürger stillhalten und das einfach geschehen lassen?

Was wird aus unserem Klima, der gesamten Ökologie, mit uns Menschen und Natur in einem suizidalen Weltwirtschaftssystem, das in einer einheitlichen, glattgeölgelten Weltwirtschaftsordnung durchregiert will, statt der Politik die Politik zu überlassen und für Vielfalt und Selbstbestimmung zu sorgen.

Wirtschaftsordnungen sind menschengemacht und damit veränderbar. Wir brauchen heute gestaltende EU-Handelsabkommen, die freien Menschen in der ganzen Welt würdig sind.

Unsere Ziele: Sofort praktikable Lösungen angehen:

- Globalisierung sozial, ökologisch und ökonomisch vernünftig gestalten.
- Verhinderung einer Alleinherrschaft der Global Players und Plutokraten.
- Strukturen schaffen, die Freibüche Koexistenz und das Miteinander fördern; soziale Netze aufbauen.
- Ein Welthandel, der für Lebensqualität und eine gedeihliche Zukunft sorgt.

In Europa sind noch Reformen möglich, was am Beispiel der verhinderten Wasserprivatisierung vor vergätzen EU-weit verhindert (Erste europäische Bürgerinitiative „RightWater". In Deutschland konnten auf Kommunalebene zahlose bloßronnige Projekte verhindert oder zinnvolle Projekt erschaffen werden.

Aktuell notwendig ist:

- Zaerst CETA politisch stoppen im Bundesrat.
- CETA zurückstoppen. Über die CETA-Verfassungsklage von MdHR Demokratie e.V. wird vom BVerG in der Hauptsache in diesem Jahr noch entschieden.
- Verfassungsklagen gegen das EU-Japan-Abkommen (JEFTA): Klägerin ist Marianne Grimmenstein – Bevollmächtigte: Prof. Fluähn u. Gisela Toussaint. RA´in Toussaint ist aktives Mitglied im Kartsruher Bündnis Gerechter Welthandel. **Der Verfassungsklage beitreten!**
- Kommunale Verfassungsbeschwerde & Wird durch den Verein MdHR Demokratie gegrüft und ggf. vom Bündnis Kartsuhe Gerechter Welthandel der Stadt Kartsruhe vorgetragen, am Sitz des Bundesverfassungsgerichts.

Strukturelle Lösungswege

- Eine hoffnungsvolle Revolution bahnt sich an: Menschenrechte sollten in einer globalen Wirtschaftsordnung verpflichtend, d.h. durchsetzbar, eingeführt werden, indem Unternehmen Pflichten eingegenspezelt werden (UN – Binding Treaty Process). Motto: „Menschenrechte vor Konzernprivilegien". Menschenrechte an die Spitze der Normhierarchie stellen. Die Rechte- und Justizsysteme sollen bei grenzüberschreitenden Fällen zur Zusammenarbeit verpflichtet werden. Damit beginnte die Möglichkeit, Unternehmen für umwelt- und sozialschädliche Aktivitäten weltweit zur Verantwortung zu ziehen. Siehe zum Beispiel die International Treaty Alliance, die Treaty Alliance Deutschland, die Campaign.
- Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch **mehr Bürgerbeteiligung**. Motto: „Bürger nähen an die Politik und Politiker nähen an die Bürger."

Um die Krisker gleich zu beruhigen. Der Verein MDHR Demokratie lehnt Volksabstimmungen wie bei „52:1" über den Brexit ab. Das hat mit den direktuflgen direktdemokratischen Verfahren, wie sie in Deutschland auf Landes- und Kommunalebenen bereits praktiziert werden, nichts mehr gemein. In Deutschland sollen Bürger jetzt vor allem auf Bundesebene über wichtige Zukunftsfragen mit mehrheitsfähigen Themen direkt abstimmen dürfen. Zum Beispiel, wenn es um eine Verfassung in Deutschland oder Europa geht, um Umwelt- und Klimaschutz, Glyphosat, Asyn- oder um die EU-Handelspolitik. Das Abgeordnetenregiert Baden-Württemberg, wo es 2017 um die Abtrennvorrungung der Parlamentarier in Baden-Württemberg ging, war eine Stellvorlage für die Einführung direktdemokratischer Instrumente. Auf Landesebene, wo es diese Instrumente bereits gibt, führte allein die Ankündigung eines Volksanrags/Volksbegehrens gegen diesen Abgeordnetengesetzes zur freiwilligen Zurückziehme eines mit großer Mehrheit im Landtag von Baden-Württemberg beschlossenen Gesetzes. Die Organisationen, welche sich zu einer Volksantrag/Volksbegehren entschlossen, brauchten keine einzige Unterschrift sammeln.

Dieses Beispiel zeigt die Macht solcher Instrumente so es diese Instrumente nur gibt und die Vorhaben mehrheitsfähig ist. In Deutschland fehlen direktdemokratische Instrumente auf Bundesebene und in Baden-Württemberg und Hessen immer noch auf Kreisebene. Das heißt, Parlamentarier, von einem ausufernden Lobbyismus stark korrumpiert, können machen und entscheiden was sie wollen. Das baden-wurttembergische Abgeordnetengesetz 2017 zeigt deutlich, dass es heute nicht mehr genügt, alle vier Jahre einen Stimmzettel in eine Urne zu stecken. Wenn nutzen überlastete Politiker nicht die unendlichen Ressourcen, die in den Bürgerinnen und Bürgern stecken? Überall, wo institutionalisierte Bürgerbeteiligungsprozesse institutionalisiert haben, kommen gute Ergebnisse zustande (bestes Beispiel G-1000-Bürgergipfel in Brüssel). Das gute Ergebnis für Baden-Württemberg jetzt: Eine Kommission, bei der jeder Zufallsauswahl ausgewählte Bürgerinnen und Bürger an einem besonderen Abgeordnetengesetz arbeiten, jedenfalls besser, als es ein Parlament nutzter in der Lage war.

Volksbegehren/Referenden werten präventiv, lange vor einer Abstimmung in einem Parlament. Sie sind das gewiesene Mittel, um dem ausufernden Lobbyismus den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wenn Politiker mit Referenden rechnen müssen, schauen sie dem Volk wieder aufs Maul (frei nach Martin Luther).

Mit der Möglichkeit von Referenden auf Bundesebene können mehreststaatliche Pläne zur Gesetzesinitiative von Bürgerinnen und Bürgern oder von Organisationen aus der Zivilgesellschaft heraus eingebracht und durchgesetzt sowie beschlossene Parlamentsgesetze effektiv kontrolliert werden. Schutz vor Abstrusen, extremen Positionen oder Manipulation über die Medien haben wir durch unsere Verfassungsrichter und durch die eingebauten Hürden (Quoren) in jeweils dreistufig aufgebauten Verfahren der direktdemokratischen Bürgerbeteiligung.

- Mit einem fairen Wahlrecht und geeigneten Abstimmungsverfahren auf neue Art mehr Input in die parlamentarische Demokratie.
- Wenn es Politiker nicht wollen, dann eben aus dem Volk heraus Schritt für Schritt einführen: Prinzipien einer Agenda 2030, einer Gemeinwohl-Ökonomie, eines alternativen Handelsmandats von attac oder DIEMZD oder andere Konzepte und Ideen, die allen nützen.

Ihr Politiker in der grünen Regierungspartei dieses Landes:Noch habt ihr die Definitionshoheit: STOPP! CETA. Noch haben ihr die Macht, eine Schubumkehr in Wirtschaft und Politik einzuleiten!

Eduard Mühlbauer ist aktiv im Kartsruher Bündnis Gerechter Welthandel und Mitglied im Verein Mehr Demokratie Baden-Württemberg für gelebt diret Landesvorstand ein sowie im Verein Gemeinwohl-Ökonomie Baden-Württemberg.

« „Wenn wir es jetzt nicht schaffen, schaffen wir es nie!" (Vorger. Beitrag)

JEFTA: Wasser schlecht gechackt ❯ (Nächster Beitrag)

KONTAKTEN BÜNDNIS FÜR GERECHTEN WELTHANDEL – GEGEN TTIP, CETA, TISA, TISA

Kontakt:
info@KStandarz-gegen-ttip@PUM72de

Sylvia Reinsler
sylvia47SATJ4e@PUMATJ3e

VSGP: PV Mützer
Hegbeweg 2, 78467 Konstanz

INFORMATIONEN ZU DER HANDELSABKOMMEN:

Netzwerk Gerechter Welthandel
attac Deutschland
Power Shift
Forum Umwelt und Entwicklung
Stopp CETA im Bundesrat
Kampagnenplattform Campact
TTIP-Freie Zonen in Europa
Stop ISDS

Aktuelle Infos auch auf unserer Facebook-Site

META

Anmelden
Beitrags-Feed (RSS)
Kommentare als (RSS)
WordPress.org

Konstanz gegen TTIP | All rights reserved. Powered by AD-Medienstreich • DESIGN